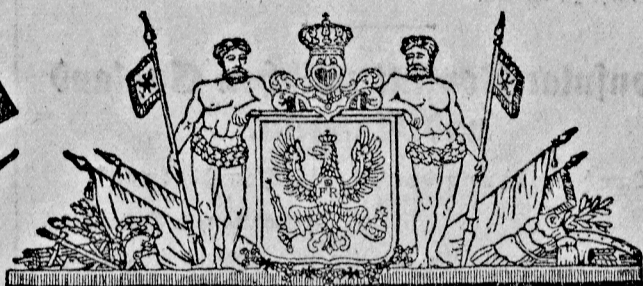


# Vossische



# Zeitung

6 Mark

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Kunstdruck-Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten und durch die Post monatlich 160 Mark; unter Streifband 220 Mark im Inland, 240 Mark nach dem Ausland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streiks kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Zeile 40 Mark. Familienanzeigen 15 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau. Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 — 3663; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin, Postcheckkonto Berlin 660.

## Die griechische Niederlage.

### Vollständige Räumung Kleinasiens.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

b Paris, 4. September.

Die heute nachmittag vorstehenden Nachrichten aus Kleinasien lassen die Lage der Griechen in einem recht düsteren Licht erscheinen. Ein Telegramm aus Athen bestätigt die Einnahme von Uşak durch die kemalistischen Truppen und läßt einen baldigen Fall Brussa voraussehen. Einem Telegramm aus Angora zufolge sind die Türken noch 26 Kilometer von Brussa entfernt.

\* London, 4. September.

Von zuständiger Seite wird nunmehr bestätigt, daß die griechische Regierung der englischen ihren Entschluß, ganz Kleinasien zu räumen, mitgeteilt habe. Außerdem verlautet hier, daß Griechenland den raschen Abschluß eines Waffenstillstands erstrebe.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß außer englischen auch französische, italienische und amerikanische Kreuzer auf Wunsch der Konföderation der betreffenden Mächte nach Smyrna abgegangen sind. Die türkische Bevölkerung von Stambul hat geflaggt.

Aus Konstantinopel wird dem „Intransigeant“ gemeldet, die kemalistische Regierung bereite einen panasiatischen Kongress vor, der am 1. Oktober in Angora abgehalten werden soll und sich ganz besonders mit der Frage der muslimanischen Solidarität und der Möglichkeit eines Bündnisses zwischen den muslimanischen Ländern beschäftigen soll.

\*

Aus den letzten Meldungen gewinnt man den Eindruck, daß Griechenland sich geschlagen fühlt und die Notwendigkeit empfindet, den Kampf endgültig aufzugeben. Die Liquidation dieses Krieges auf der Konferenz von Venedig wird also auf der Basis des türkischen Schlußerfolges durchgeführt werden müssen. Im Augenblicke bedeutet das in der Orientpolitik eine Schlappe Englands, dessen „Degen“ gegen das hartnäckige Angora Griechenland sein sollte, und einen Gewinn Frankreichs, das bekanntlich schon seit langem auf die türkische Karte gesetzt hat. In Griechenland selbst werden nach dem sichtbaren Zusammenbruch des großgriechischen Imperialismus ernsthafte innerpolitische Rückwirkungen kaum ausbleiben.

## Das Kabinett Kato.

Von

J. Plaut,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

\* Tokio, Anfang Juli.

Das Wesentlichste des letzten Kabinettswechsels, das, was ihn zu einer Großtat parteipolitischer Taktik, zu einer des ermordeten großen Parteiführers Hara würdigen Tat macht, war, daß die Seiyukai durch den scheinbaren Verzicht auf die Macht erstens die Gefahr eines Zerfallens der Partei überwunden hat, zweitens den Angriffen der Oppositionspartei und -presse die Spitze abbricht und eine weitere, gefährliche Aufhebung der Volkstimmung eschwert, drittens die um den Namen Satsuma kristallisierten Kräfte in Flotte, Bürokratie und an anderen Machtzentren noch enger als bisher an sich bindet und in gewissem Maße von sich abhängig macht und viertens die aktionsbegierige, nach politischem Einfluß strebende jüngere Mehrheit des Herrenhauses sich dadurch verpflichtet, daß sie ihr Gelegenheit zu solcher Betätigung gibt, indem sie ihr für eine Weile die Ministerstühle überläßt — für so lange, bis sie, die Seiyukai, im eigenen Kreise sowie den anderen Machtgruppen und der Volksmasse gegenüber wieder sich stark genug fühlt, selbst die Regierung zu bilden.

Von den Ministern des alten Kabinetts sind außer dem Ministerpräsidenten Baron Kato, der nebenbei das Marineportefeuille behält, nur zwei auf gleichem Posten geblieben, der Minister des Äußeren Graf Uchida und der Kriegsminister General Yamanaishi. Was zunächst den Außenminister betrifft, so wird die Folgerung aus seinem Verbleiben nicht eigentlich als eine Fortsetzung seiner bisherigen Politik zu formulieren sein, sondern als eine Fortdauer des die Außenpolitik unter Hara mehr und mehr und unter Takahashi fast ganz beherrschenden, die Bedeutung der Person des verantwortlichen Ministers stark drückenden Einflusses des Baron Kato beziehungsweise des von ihm repräsentierten Kreises. Womit auch schon, bei der bekannten Rivalität zwischen Heer und Flotte, zwischen den Clans der Choju und Satsuma, ein Teil der Schwierigkeiten angedeutet ist, die der Kriegsminister zu erwarten hat. Die Flotte hat wohl überdies, in eine Minderung ihrer Rüstung gewilligt, wird da nicht, wenn auch nur um des Gleichgewichts der innerpolitischen Kräfte willen, das Heer sich in eine ähnliche Beschränkung seiner Ansprüche fügen müssen? Uns scheint jedenfalls dieser Gesichtspunkt für die Beurteilung dieser ganzen, plötzlich angeblich so populären Heeres-Veränderungs-Bewegung recht wichtig zu sein, bedeutamer als die wirtschaftlichen Motive, die die Presse in den Vordergrund stellt, und die natürlich mitsprechen. Choju ist innerpolitisch zurückgedrängt, es soll nun unter einem Satsumaner auch seine außenpolitischen Ambitionen beschränken, soll zur Stützung der Diplomatie Katos die Truppen aus Schantung und Sibirien zurückziehen und obendrein zur Entlastung des Budgets die Ausgaben vermindern. Wie man sieht, keine beneidenswerte Position für den Kriegsminister, zumal er erklären zu müssen glaubt, daß nach den Erfahrungen des Weltkrieges die japanische Armee durchaus nicht auf der Höhe sei, daß sie mit modernen Waffen und Kriegsmaschinen ungenügend versorgt sei und bei der Art des japanischen Ausbildungswesens in eine starke Reduzierung der Dienstzeit nicht einwilligen könne, daß also Ersparnisse zwar zu machen seien durch eine Herabsetzung der Friedenspräsenzstärke, durch Verkürzung der Dienstzeit um etwa einen Monat und durch ähnliche kleine Mittel, die so frei werden können Gelder auf der anderen Seite jedoch zum größten Teil wieder beansprucht würden für die im Interesse der Landesverteidigung unbedingt erforderliche Verstärkung der technischen Waffen. Wogegen, da ja auch die Marine für Abrüstungszwecke recht bedeutende Beträge fordert, nicht viel einzuwenden oder zu erreichen sein wird.

Mit dieser Feststellung werden vor allen Dingen der Betätigungsmöglichkeit des Finanzministers viel enger Grenzen gezogen, als ihm für die Durchführung seiner Aufgabe erwünscht sein können. Hara Ichiki, der im Finanzamt groß geworden, und im Terachi-Kabinett Vizeminister gewesen ist, hat denn auch bisher nur sehr vorläufige und sehr allmähliche Abänderung der Finanzpolitik Takahashis versprochen, langsame Senkung der Preise, Verbesserung des Steuerwesens, später vielleicht Aufhebung des Verbots der Goldausfuhr. Noch weniger werden erhebliche wirtschaftliche Reformen und Reorganisationen von den anderen Ministern zu erwarten sein. Vicomte Maïda, der Verkehrsminister, und Graf Oki, jetzt Eisenbahn-, unter Hara und Takahashi Justizminister, sind führende Männer im Herrenhaus, verstehen aber von ihren Ressorts nichts, und der Minister für Handel und Landwirtschaft Araï, ebenfalls Mitglied des Herrenhauses, ist zwar 10 Jahre lang Leiter der Finanzverwaltung von Korea gewesen, hat dabei aber wahrscheinlich mehr finanzverwaltungstechnische als groß-

## Oberschlesien und Preußen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

we Breslau, 4. September.

Die Bedeutung des ober-schlesischen Abstimmungsergebnisses liegt zunächst einmal außenpolitisch in der Tatsache beschlossen, daß im Vergleich zu den Zahlen der Plebiszitabstimmung eine wesentliche Zunahme der deutschen Stimmen festzustellen ist. Es ergibt sich nämlich, daß die starke Wahlenthaltung von etwa 30 v. H. nicht etwa dem polnischen Konto zuzubuchen ist, sondern daß die von den Polen ausgegebene Parole der Wahlenthaltung nicht befolgt wurde. Die Stimmen für die Autonomie entsprechen in den Kreisen, in denen sie erheblich sind, ungefähr den polnischen Stimmen bei der Abstimmung, während in den Orten, in denen sie nicht erheblich sind, merkwürdigerweise die Wahlenthaltung geringfügig war. Im übrigen ergibt sich aber auch vielfach schon auf den ersten Blick das Bild einer völligen Umschichtung, wie, um nur ein Beispiel herauszugreifen, in der Gemeinde Voitschow im Landkreis Gleiwitz, wo während der Plebiszitabstimmung von 444 abgegebenen Stimmen 265 für Polen und 179 für Deutschland stimmten, jetzt dagegen 569 Stimmen abgegeben wurden, von denen nur zwei auf die Autonomie entfielen. So ist die Ziffer der Wahlenthaltung im wesentlichen einem andern Umfange als der polnischen Stimmenhaltung zuzurechnen, nämlich, daß dem Wahlgang deutscherseits, abgesehen von der ohnehin vorhandenen Wahlmüdigkeit, keine große Bedeutung beigelegt wurde, da die Bevölkerung eigentlich schon vor der Abstimmung die Autonomiefrage für erledigt hielt und darum nicht zur Wahlurne schritt.

Beträgt also nach dem jetzigen Ergebnis unter Zurechnung der Autonomiestimmen an Polen (in Wahrheit haben auch eine Anzahl verärgerter Deutscher für die Autonomie gestimmt) die deutsche relative Mehrheit 90 v. H., so dürfte sie auch absolut mindestens 80—85 v. H. betragen.

Bei der innerpolitischen Bewertung des Ergebnisses wird darauf hinzuweisen sein, daß diese sogenannte „preußische“ Lösung nun nicht etwa ein grundsätzliches Bekenntnis der gesamten Wählermassen zum preußischen Staat bedeutet. Es darf nicht vergessen werden, daß die beiden großen Parteien, Zentrum und Sozialdemokraten, die für sich über die größten Stimmenzahlen in Oberschlesien verfügen, grundsätzlich den Gedanken der Neugliederung des Reiches und der organischen Auflösung Preußens befürworten, und daß auch beide ausdrücklich betont haben, mit ihrem Eintreten für Preußen diesen Standpunkt nicht verlassen zu wollen. Es darf nur negativ geschlossen werden, daß die Abstimmung ein Ausdruck dafür gewesen ist, eine unorganische Auflösung Preußens zu vermeiden. Ausdrücklich betont auch heute bereits das schlesische Zentralorgan der Sozialdemokraten, die Breslauer „Volkswacht“, „daß die Sozialdemokraten dieser besonderen preußischen lex Oberschlesien zugestimmt haben, um die unorganische Zerstückelung des preußischen Staatsverbandes als das größte Übel zu verhüten.“

Immerhin wird man dem preußischen Staat das Recht zusprechen können, sich gegen eine Übertragung der ober-schlesischen Sonderregelung auf andere Provinzen zu verwahren. Die weitgehenden

Rechte, die Oberschlesien vor den anderen Provinzen gewährt worden sind, würden bei ihrer Übernahme auf andere Landesteile die Einheitlichkeit der preußischen Verwaltung ernstlich gefährden, ohne die gleiche innere Rechtfertigung wie in Oberschlesien zu besitzen. Hier handelt es sich um ein zweisprachiges Land, das seine Kultur nicht nur zu wahren, sondern kulturelle Eroberungen zu machen hat, und so darf die ober-schlesische Provinzialautonomie nur als ein Akt besonderer Grenzmarktpolitik angesehen werden.

Für die ober-schlesische Verwaltung sind durch die jetzige Abstimmung zwar Klare, aber immerhin noch nicht endgültige Verhältnisse geschaffen worden. Auch diese Wahlen sind noch nicht die letzten für Oberschlesien, sondern haben jetzt nur den Weg freigemacht für die Wahlen zum Provinziallandtag und den Gemeindeförperschaften. Erst nach Erledigung auch dieser Angelegenheiten wird endgültig der Wiederaufbau Oberschlesiens vorgenommen werden können.

Nur in einer Beziehung haben die jetzigen Wahlen einen endgültigen Termin gesetzt, nämlich für die restlose Aufräumung Oberschlesiens von seinen Selbstschuß-Überbleibseln. Die Doppelner Regierung hat den ursprünglich festgesetzten Tag für die Erledigung der Waffenabgabe etwas selbstherrlich vom 15. August auf den 3. September verschoben. Man darf erwarten, daß das nun wirklich der letzte Termin bleibt.

## Belgiens Garantieforderungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

b Paris, 4. September.

Der „Temps“ und der „Intransigeant“ veröffentlichen heute Informationen ihrer Brüsseler Korrespondenten, die aus den Kreisen der nach Berlin reisenden belgischen Unterhändler stammen. Sicheres über die belgischen Absichten läßt sich aus diesen Mitteilungen nicht entnehmen. Es wird nur betont, daß die Instruktionen, die die Delegierten von Theunis empfangen haben, „sehr formell“ seien und daß die Garantien so beschaffen sein müßten, daß Belgien die Schatzscheine nötigenfalls bei der Bank von England, der Bank von Holland oder der Guaranty-Trust-Company diskontieren könne. In dem Berichte des „Intransigeant“ wird angedeutet, daß Belgien sich mit einer Verpfändung des Reichsbankgaldes ohne Überführung desselben ins Ausland zufriedengeben würde; die Reichsbank müsse sich nur verpflichten, den entsprechenden Teil ihres Goldvorrats unter keinen Umständen anzuzusetzen. Zur Reichsbank könne man Vertrauen haben. Im übrigen wird zur Beruhigung der französischen Leser in beiden Berichten hervorgehoben, daß bei einer Weigerung Deutschlands natürlich die Reparationskommission zusammenzutreten, ihren letzten Beschluß aufheben und ein verschuldetes Verlagen Deutschlands feststellen werde. In beiden wird aber hinzugefügt, die Belgier glauben nicht, daß es so weit kommen werde.

Die „Agence Belge“ meldet, daß die Minister Theunis und Jaspars heute die belgischen Delegierten Delacroix und Bommelmanns sowie den der Delegation beigegebenen Pantier Philippson empfangen haben. Theunis drückte nach dieser amtlichen Information den Wunsch aus, daß die Verhandlungen mit möglichster Eile geführt würden und daß die belgischen Delegierten, abgesehen von Golddepots, nur solche Garantien annehmen sollten, die eine tatsächliche Bezahlung ermöglichen. Die Abreise der Delegation ist für heute nacht vorgesehen.